

ANTRÄGE

1
2 **Antrag 1:**
3

4 **Politik für Rhein-Sieg: Jung. Bunt. Links.**

5 **Antragsteller: Juso-Kreisverband**
6

7 Klare Haltung bedeutet: Kein Aufweichen von politischen Positionen für Minimalkompromisse. Politik
8 lebt von Kompromissen. Dennoch dürfen politische Differenzen im Bemühen um Konsensbildung nicht
9 völlig verschwinden. Sie sind wichtig in der politischen Auseinandersetzung. Die SPD im Rhein-Sieg-Kreis
10 muss wieder „unbequemer“ werden und ihr Profil schärfen, d.h. ihre politischen Positionen in den Vor-
11 dergrund stellen.
12

13 **Debattenkultur stärken**
14

15 Dafür muss die SPD wieder stärker zum Ort inhaltlicher Debatten werden, auf allen Ebenen. Es muss mit
16 der gleichen Energie um politische Themen gerungen werden, die in der Auseinandersetzung um Listen-
17 plätze an den Tag gelegt wird. Deshalb soll die Beratung inhaltlicher Anträge künftig vor Vorstands-
18 und/oder Delegiertenwahlen erfolgen. Die SPD muss weiblicher und jünger werden. Die Verjüngung
19 gelingt nur, wenn sie auch Fraktionen umfasst und im Hinblick auf die Kommunalwahl 2020 konsequent
20 vorangetrieben wird. Nur so können wir langfristig unsere Basis vor Ort sichern.
21

22 **Bezahlbares Wohnen und Stadtteilentwicklung**
23

24 Im Kreistag und vielen Räten wird durch konservativ-grüne Mehrheiten keine konsequente Wohnungs-
25 baupolitik betrieben, allenfalls Kosmetik. Wohnen muss überall im Rhein-Sieg-Kreis bezahlbar bleiben,
26 um unsoziale Verdrängungsmechanismen zu vermeiden. Es muss mehr gebaut werden, um den Druck
27 aus dem Wohnungsmarkt zu nehmen. Dabei kann sich nicht nur auf private Investoren verlassen wer-
28 den. Der Staat muss handeln statt bedauern. Ein Auseinanderfallen in „gute“ und „schlechte“ Stadtteile
29 muss durch gezielte Quartiersentwicklung bekämpft werden. Wir stehen für eine nachhaltige Stadtpla-
30 nung, die Wohnen, Leben und Mobilität verknüpft und auch Freiräume für Natur/Stadtbegrünung oder
31 junge Leute lässt. Neue Wohngebiete müssen von Beginn an optimal an den öffentlichen Nahverkehr
32 und soziale Infrastruktur angeschlossen werden. Jeder Stadtteil braucht aufsuchende Jugendarbeit (Ein-
33 satz von Streetworkern).
34

35 **Verkehrswende konsequent vorantreiben**
36

37 Um Mobilität für alle zu garantieren, muss der öffentliche Nahverkehr gegenüber dem motorisierten
38 Individualverkehr gestärkt und zum Mittelpunkt staatlicher Investitionen werden. Auch hier reicht Kos-
39 metik nicht. Menschen ohne Auto dürfen nicht abgehängt werden. Der öffentliche Nahverkehr ist in
40 weiten Teilen des Rhein-Sieg-Kreises unzureichend. Eine nachhaltige Verkehrspolitik muss mehr An-
41 strengungen daran setzen, Busse und Bahnen auf die Straße und die Schiene zu bringen. In Ballungs-
42 räumen bedeutet das den Ausbau der Infrastruktur, um mehr Fahrgäste befördern zu können. Wir brau-
43 chen flächendeckend gute Linienangebote, auch abends und am Wochenende. Die Fahrzeuge wollen wir
44 mit kostenlosem W-LAN ausstatten und die 1. Klasse im Regionalverkehr abschaffen, um allen Nut-
45 zler*innen mehr Sitzplätze zur Verfügung zu stellen. Besserer Nahverkehr ist auch der einzig sinnvolle
46 Weg, um Staus zu bekämpfen und klimafreundlich mobil zu sein. Dafür muss mehr Geld fließen und die
47 Nahverkehrsfinanzierung überarbeitet werden. Ein – zur Einführung freiwilliges und später obligatori-
48 sches - Bürgerticket soll alle fahrscheinlos mobil machen. Bis dahin müssen Benachteiligungen abgebaut
49 werden, etwa durch die integrierte Nutzung des AST-Verkehrs mit dem Schülerticket. Nachhaltige Ver-

1 kehrspolitik betreibt auch den Ausbau von Carsharing oder der Mobilität mit dem Fahrrad durch den
2 Ausbau von Radwegen und der Infrastruktur für E-Mobilität.

3 4 **Beste Bildung für alle**

5
6 Bildung muss von der Kita bis zur Hochschule und Meisterausbildung gebührenfrei sein, um allen gleiche
7 Chancen zu ermöglichen. Förderung muss so individuell erfolgen, dass nicht nur Kinder aus reichem
8 Elternhaus Chancen auf einen guten Schulabschluss haben. Dafür brauchen wir mehr Lehrer*innen und
9 flächendeckend Schulsozialarbeit in allen Kommunen des Rhein-Sieg-Kreises. Schulgebäude müssen ein
10 attraktives Lern- und Lebensumfeld für Schülerinnen und Schüler sein, mit modernster Ausstattung und
11 besten Arbeitsbedingungen. Die Kommunen sind in der Pflicht, gemeinsam mit Bund und Land den Sa-
12 nierungsstau abzubauen. Es kann nicht sein, dass Eltern beispielsweise Geld bezahlen sollen, damit ihre
13 Kinder funktionstüchtige Sanitäreinrichtungen aufsuchen können. Schulen müssen die am besten ausgestatte-
14 ten Gebäude jeder Gemeinde und Stadt sein. Wir setzen uns weiterhin für längeres gemeinsames Ler-
15 nen statt frühes Selektieren in verschiedene Schulformen und damit für den Abbau des gegliederten
16 Schulsystems ein. Eine Rückabwicklung der Inklusion, wie sie die neue Landesregierung betreibt, lehnen
17 wir ab. Es müssen vielmehr die notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden, damit alle Schü-
18 ler*innen mit und ohne Handicap gemeinsam lernen können.

19 20 **Umverteilen für mehr Gerechtigkeit – Ende der Sparlogik**

21
22 Generationengerechtigkeit heißt nicht, die schwarze Null zum Fetisch zu erklären. Wir vererben nicht
23 nur Schulden, sondern auch Lebenschancen und Infrastruktur. Wir müssen wieder in unsere öffentliche
24 Infrastruktur, Daseinsvorsorge und in Bildung investieren. Die Logik der Schließung von Schwimmbädern
25 und Bibliotheken zur Haushaltskonsolidierung muss durchbrochen werden. Kreistage und Räte dürfen
26 sich dieser falschen Logik nicht im vorauseilendem Gehorsam unterwerfen. In unserem reichen Land
27 gibt es genug Mittel, um all diese Angebote aufrechtzuerhalten. Das nützt den Vielen, nicht nur den
28 Wenigen. Denn nur Reiche können sich einen schwachen Staat leisten. Das durchaus erfolgreiche Narra-
29 tiv der Konservativen und Neoliberalen, dass nur Steuersenkung eine angemessene Form der Steuerpoli-
30 tik sind, muss konsequent widerlegt werden. Von Steuersenkungen profitieren immer diejenigen über-
31 durchschnittlich, die viel besitzen. Gerade die müssen mehr zum Gemeinwohl beitragen, damit die un-
32 gleiche Vermögensverteilung die Gesellschaft nicht weiter spaltet. Dafür brauchen wir eine höhere Be-
33 steuerung von sehr großen Einkommen und Vermögen, von Finanzgeschäften und Erbschaften sowie
34 eine konsequente Bekämpfung von Steuerflucht und Steuervermeidung.

35 36 **Schluss mit Spaltung – gerecht für alle**

37
38 Unsere Gesellschaft ist offen, bunt und tolerant, mit gleichen Rechten für alle. Das ist für uns nicht
39 verhandelbar und muss in Teilen auch heute erst noch hergestellt werden. Rechtsextremen Hetzern
40 treten wir entschlossen entgegen. Für die ist bei uns kein Platz! Wo immer es nötig ist, setzen wir uns für
41 neue Angebote ein, um spezifische Unterstützung in verschiedenen Lebenslagen zu leisten. Dies gilt z.B.
42 für den Aufbau schwul-lesbisch-queerer Jugendarbeit im Rhein-Sieg-Kreis. Wir setzen auf Zusammenhalt
43 statt Hetze und Spaltung. Wir müssen wieder mehr das "Wir" in den Blick nehmen und daran arbeiten,
44 dass niemand abgehängt und vergessen wird. Das ist ein ganzheitlicher Ansatz, der bei früher Unterstüt-
45 zung für junge Familien beginnt und bis zur Vermeidung von Altersarmut gehen muss. Alle Menschen
46 müssen gleiche Chancen auf ein gutes Leben haben, unabhängig von Geschlecht, Alter, Herkunft, Ein-
47 kommen, Handicap, sexueller Identität oder Lebensweise. Unser Ziel ist ein inklusiver Rhein-Sieg-Kreis,
48 in dem individuelle und gesellschaftliche Benachteiligung gezielt abgebaut wird. Integration begreifen
49 wir als Chance und Herausforderung. Wie immer gilt auch dabei, dass sich alle an die Regeln zu halten

1 haben. Für diese Regeln braucht es aber keine normativen Debatte über Leitkulturen, deren Ziel alleine
2 eine Teilung in "Wir" und "Die" ist.

3 Freiräume für junge Leute
4

5 Der Rhein-Sieg-Kreis muss ein attraktiver Lebensraum für junge Menschen sein. Dafür braucht es neben
6 guten und innovativen Ausbildungs- und Arbeitsplätzen, schnellen Internetanschlüssen und guter Mobi-
7 lität auch attraktive Freizeitangebote bzw. eine gute Anbindung an Angebote in Bonn oder Köln. Stadt-
8 zentren müssen belebt werden. Das Kaputtsparen kultureller Angebote muss ein Ende finden, denn
9 Kultur ist eben kein optionales Anhängsel einer Gesellschaft. Junge Kulturschaffende wollen wir durch
10 Proberäume, Ateliers und andere freie Räume unterstützen. Beteiligung ist wichtig. Deshalb müssen die
11 Mitsprachemöglichkeiten auch für Kinder und Jugendliche in den Kommunen erweitert werden. Auf
12 Kreisebene setzen wir uns für einen Jugendkreistag ein.

13

14 **Nachhaltig Leben**

15

16 Wir wollen auch morgen noch gut im Rhein-Sieg-Kreis leben können. Deswegen setzen wir auf sinnvol-
17 len Natur- und Umweltschutz. Projekte für Stadtbegrünung, Tierschutz oder den Schutz von Insekten
18 unterstützen wir. Nachhaltigkeit heißt auch nachhaltiger Konsum. Die ökologische Landwirtschaft und
19 der regionale Handel müssen gefördert werden. Wir wollen keine Tierfabriken. Im globalisierten Handel
20 braucht es ein Eingreifen des Staates, um systematische Ausbeutung zu verhindern. So sollte auf euro-
21 päischer Ebene über eine Strafsteuer auf Billig-Textilien nachgedacht werden, die unter unhaltbaren
22 Bedingungen im Ausland produziert und zu Dumpingpreisen in Deutschland verkauft werden. Darüber
23 hinaus muss über eine Steuer für nicht-recyclebare Einweg-Papp- und Plastikbecher nachgedacht wer-
24 den, um die Verwendung von Mehrwegbechern, z.B. für „Coffee to Go“, attraktiver zu gestalten. Die
25 Ausgaben für Entwicklungshilfe müssen vervielfacht werden. Auch auf kommunaler Ebene müssen sol-
26 che Projekte initiiert oder gestärkt werden.

27

28 Den Ausbau erneuerbarer Energien im Rhein-Sieg-Kreis treiben wir voran und achten darauf, dass Ener-
29 gie kein Luxusgut wird, das sich Menschen nicht mehr leisten können. Die Energiewende kann nur gelin-
30 gen, wenn sie auch sozial gerecht gestaltet wird.

31

1 **Antrag 2:**

2

3 **Ausbau der Siegtalstrecke**

4 **Antragsteller: OV Much und OV Lohmar***

5

6 Der Kreisparteitag beschließt folgende Position zum Ausbau der Siegtalstrecke:

7

8 **Der Ortsverein Much beantragt, die Kreis-SPD möge sich für die Beibehaltung des „Sozialtickets /**

9 **Mobilpasses“ für Personen mit geringem Einkommen einsetzen.**

10

11 **Begründung:**

12 Aus einer Anfrage der SPD Landtagsfraktion geht hervor, dass die schwarz-gelbe Landesregierung derzeit

13 über Veränderungen der Ticketangebote im öffentlichen Personennahverkehr berät. Erste Ergebnisse

14 seien im Herbst zu erwarten, antwortete NRW-Verkehrsminister Hendrik Wüst (CDU). Damit könnte auch

15 die bisherige Finanzierung des Sozialtickets in NRW gefährdet sein.

16

17 Das Sozialticket eröffnet Personen mit geringem Einkommen ¹ die Möglichkeit, rabattierte Tickets für

18 Fahrten im Nahverkehr zu erwerben, subventioniert durch NRW. Unter dem Namen „Mobilpass“ wurde

19 das Sozialticket im Januar 2013 im VRS-Gebiet und damit auch im Rhein-Sieg-Kreis eingeführt. „Für uns

20 ist Mobilität ein Grundrecht und darf nicht vom Geldbeutel der Menschen abhängen. Gerade

21 Geringverdiener sind auf den öffentlichen Personennahverkehr angewiesen“, so Achim Tüttenberg in

22 seiner damaligen Pressemitteilung am 17. Dezember 2012.

23

24 Genau das ist der Kern. Menschen mit ohnehin erschwelter Teilhabe am sozialen Leben würden bei

25 einer Streichung systematisch in ihrer Mobilität eingeschränkt bzw. ausgeschlossen. Besonders betroffen

26 wären die ländlichen Regionen des Rhein-Sieg-Kreises. Der Wegfall des Sozialtickets wäre auch ein

27 systematischer Angriff auf jede Form der Inklusion. Menschen, die beispielsweise in Much leben, wären

28 nicht mehr in der Lage, das SPZ (Sozialpsychiatrische Zentrum) in Eitorf zu besuchen. Nur ein Beispiel

29 ausschließender und ausgrenzender Politik der neuen Landesregierung!

30 Soweit darf es nicht kommen! Die Kreis-SPD sollte sich auf allen Ebenen und Gremien dafür einsetzen,

31 dass das Sozialticket beibehalten wird.

32

33 gez. Heinz Willi Ruiters, Vorsitzender OV Much

Much, 17. August 2017

34

35

36 *

37 **Die SPD Much hat bereits einen gleichlautenden Antrag gestellt. Mit diesem Antrag tritt die SPD-**

38 **Lohmar der Initiative aus Much bei und unterstützt sie ausdrücklich. (SPD Lohmar)**

39

40

¹ Personen, die Leistungen beziehen nach dem SGB II (Arbeitslosengeld II), Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sowie laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen (SGB XII), Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz oder laufende Leistungen der Kriegsopferfürsorge.

1 **Antrag 3:**

2

3 **Stärkung der Freifunker**

4 **Antragsteller: SPD Lohmar**

5

6 Der Parteitag der SPD-Rhein-Sieg beschließt:

- 7
- 8 1) Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, sich für eine Stärkung der Freifunker einzusetzen.
9 Das heißt u.a., dass sich die Landtagsfraktion durch entsprechende Initiativen für die
- 10 a) öffentliche Förderung der Vereine,
- 11 b) Empfehlung für den Zugang zu öffentlichen Gebäuden für die Installation von Freifunkanlagen
12 und
- 13 c) Die Schaffung der Möglichkeit für die örtliche Freifunkinitiativen als „gemeinnützig“ anerkannt
14 zu werden
- 15
- 16 einsetzt.
- 17 2) Die Kreistagsfraktion wird aufgefordert, eine Resolution in den Kreistag einzubringen, die eine För-
18 derung der Freifunker durch das Land NRW unterstützt.
- 19 3) Die Gemeinderats/Stadtratsfraktionen der SPD werden gebeten, die Initiative ebenfalls durch ent-
20 sprechende Resolutionen und wenn möglich Aktionen (z.B. Unterstützung bestehender örtlicher Ini-
21 tiativen) zu unterstützen.

22 **Begründung:**

23 Die ehemalige SPD-geführte Landesregierung hat die Freifunk-Bewegung in NRW aktiv gefördert. Hier-
24 durch wurde mit viel ehrenamtlichem Engagement ein weite Bereiche umfassendes Netz an freiem Zu-
25 gang zum Internet geschaffen. Hierdurch ist es vielen möglich, kostenlos mobil im Internet zu surfen,
26 die ansonsten hierzu häufig aus finanziellen Gründen keine Möglichkeit hätten.

27 Die Freifunk-Bewegung benötigt für ihre Aktivitäten sowohl die ideelle Unterstützung der politisch Ver-
28 antwortlichen, als auch finanzielle Unterstützung, zumindest in der Form, dass die Vereine als gemein-
29 nützig anerkannt und somit die Spenden steuerlich absetzbar sind. Hierfür ist ein weiterer Einsatz auf
30 allen politischen Ebenen erforderlich.

31